

Klarer Kurs für Großhansdorf

Programm der Großhansdorfer Freidemokraten zur Kommunalwahl 2018

Wir Freie Demokraten begrüßen die positive Entwicklung unserer Gemeinde durch die vielen Zuzüge auch jüngerer Familien. Sie sorgen dafür, dass die Sozial- und Altersstruktur unserer Gemeinde weiterhin ausgeglichen bleibt.

Sowohl die ansteigende Bevölkerungszahl als auch die geplante Bebauung des ehemaligen Reha-Geländes stellen unsere zukünftige Gemeindevertretung vor die Herausforderung, die Infrastruktur unserer Waldgemeinde mit Augenmaß anzupassen.

Gute Betreuung und Erziehung von Kindern sind ein unverzichtbarer Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und legen außerdem erste Bildungsgrundlagen für die kleinsten Bürger unserer Gemeinde. Ziel muss es aus Sicht der Freien Demokraten sein, die Bedarfe an frühkindlicher Bildung und Betreuung in Umfang und Qualität angemessen decken zu können. Ein vielfältiges Nebeneinander von unterschiedlichen Trägern und pädagogischen Konzepten sind hierfür eine wichtige Grundvoraussetzung.

Der kommunale Finanzausgleich benachteiligt die Gemeinde Großhansdorf erheblich. Wir Freidemokraten werden uns auf Landesebene dafür einsetzen, die methodischen Schwächen des Finanzausgleichsgesetzes zu beseitigen. Die Verteilung der Mittel darf sich nicht länger ausschließlich an den Ausgaben der jeweiligen Gebietskörperschaft orientieren, vielmehr müssen Kostenersparnisse durch gutes Wirtschaften zukünftig wieder belohnt werden.

Wir werden in der kommenden Legislaturperiode daran arbeiten, dass im Verwaltungshaushalt wieder ein deutlicher Überschuss entsteht.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird eine umfassende Aufgabenkritik zentrales Thema unserer Finanzpolitik sein: Müssen wir bestimmte Aufgaben überhaupt noch wahrnehmen und wenn ja, auf welcher Ebene?

Die richtige Mischung aus der Konsolidierung des Haushaltes einerseits und wichtigen Investitionen in unsere Bildungseinrichtungen und die Infrastruktur andererseits, sind das Markenzeichen liberaler Finanzpolitik in unserer Gemeinde.

Großhansdorf ist lebenswert und schön. Aber auch unsere Waldgemeinde muss sich weiterentwickeln und die Chancen neuer Technologien nutzen. Die Herausforderungen des demografischen Wandels, des Klimaschutzes sowie der Integration und Inklusion machen die innovative Wohnungs- und Ortsentwicklungspolitik zur Querschnittsaufgabe, die eine Schlüsselposition für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unserer Gemeinde einnimmt. Die Schaffung von Wohneigentum vor allem als Instrument für die Altersvorsorge bleibt ein vorrangiges Anliegen von uns Freidemokraten.

Um unsere Gemeinde zukunftsfähig zu machen, muss der Breitbandausbau in Großhansdorf weiterhin Priorität haben, wobei für uns klar ist: Digitalisierung ist mehr als nur schnelles Internet.

Zur Förderung des Wachstums sind ebenso ein weiterer Ausbau und die Sanierung unseres Straßennetzes unabdingbar. Der Mangel an P&R Flächen führt täglich zu zugeparkten Wohnstraßen verbunden mit vermeidbarem Parkplatzsuchverkehr. Auch fehlende Fahrradstellplätze an den U-Bahnhöfen werden dem Anspruch einer modernen Gemeinde nicht gerecht.

Großhansdorf ist ein Paradebeispiel für stadtnahes Wohnen mit hoher Wohnqualität. Mit einer starken Fraktion der FDP im Rathaus wollen wir durch eine zielführende Kommunalpolitik unsere Waldgemeinde mitgestalten und nachhaltig weiter entwickeln.

Klarer Kurs für Großhansdorf – nur mit uns!

Unsere Ziele 2018-2023:

Schul- und Kitawesen:

Bildung ist die Supermacht des 21. Jahrhunderts

Chancengerechtigkeit ist ein bestimmendes Grundelement liberaler Bildungspolitik. Im Mittelpunkt liberaler Bildungspolitik steht deshalb die freie Entfaltung der Persönlichkeit unter Berücksichtigung unterschiedlicher Begabungen, individueller Leistungsfähigkeit und Talente. Liberale Bildungspolitik verfolgt das Ziel, unsere Kinder optimal auf ihre Zukunft vorzubereiten und sie zu eigenverantwortlichen Entscheidungen zu befähigen.

Entscheidungen bei der Entwicklung und dem Ausbau des Kita- und Schulwesens wurden in der Vergangenheit immer wieder durch übertriebenen „Beratungsbedarf“ verzögert und dadurch auch deutlich verteuert. Das wird sich zukünftig im Interesse unserer kommunalen Finanzen und im Sinne des nachhaltigen Wirtschaftens mit öffentlichen Geldern ändern müssen.

Im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine weitgehende Flexibilisierung der Betreuungszeiten sowohl bei den Kindertagesstätten als auch an den Schulen erforderlich, denn „One size fits all“ passt nicht zu den Veränderungen der modernen Arbeitswelt.

Wir werden:

- mit Eltern und Lehrkräften an einem zukunftsfähigen Raumkonzept für unsere Schulen arbeiten
- auf die Gesamtentwicklung der Schülerzahlen und Bedarfe achten (auch im Hinblick auf den Wechsel von G8 zu G9)
- dafür eintreten, dass die sanitären Einrichtungen in allen unseren Schulen in Stand gesetzt werden
- uns für den Ausbau und die Stärkung der Nachmittagsbetreuung in den Schulen einsetzen - auch als freiwilliges Angebot über die Grundschule hinaus
- die Einführung der flexiblen Betreuungszeiten in den Kindertagesstätten vorantreiben
- uns für die Abschaffung der Ferienschlusszeiten einsetzen
- uns für die Erhöhung des Betreuungsschlüssels in der Ü3-Betreuung stark machen
- uns für die gleichwertige Förderung der Kindertagespflege einsetzen, damit die Eltern bei der Kinderbetreuung eine echte Wahlmöglichkeit haben
- uns gegen eine dauerhafte Überschreitung der Standardgruppengröße gemäß des Kindertagesstättengesetzes bzw. der Kindertagesstättenverordnung aussprechen
- die Pläne des FDP-geführten Familienministeriums unterstützen, das System der Kindertagesbetreuung bis 2020 zu reformieren und dabei die Elternbeiträge zu stabilisieren und schließlich auf niedrigem Niveau zu deckeln
- getreu unserer Devise „lebenslanges Lernen“, die Arbeit der Volkshoch- und Musikschulen, Familienbildungsstätten, der Vereine und anderer kultureller Begegnungsorte nachhaltig unterstützen

- dafür werben, dass weitere kommunale Kita-Einrichtungen zur Entlastung der Verwaltung und des Gemeindehaushaltes an freie Träger übergeben werden
- uns dafür einsetzen, dass der Sportplatz inklusive der Außenanlagen saniert wird
- dafür arbeiten, dass bei erkennbarem Bedarf weitere Standorte für Kindertagesstätten entwickelt werden

Wirtschaft & Finanzen:

Vererben wir nicht Schulden, sondern Chancen

Politik muss gestalten. Aber sie ist kein Wunschkonzert. Die Dinge müssen so angepackt werden, dass sie funktionieren und finanzierbar sind. Kurz: Wir brauchen eine Politik, die rechnen kann. Ziel liberaler Finanzpolitik ist, nicht allein von der Substanz zu leben und weiterhin auf niedrige Zinsen zu setzen. Probate und gängige Mittel anderer Parteien wie Steuererhöhungen (Grundsteuer, Gewerbesteuer, Straßenausbaubeiträge) sind unserer Meinung nach nicht die Lösung bei kommunalen Haushaltsdefiziten. Wir werden deshalb unseren Haushalt und die entsprechenden Kostenpositionen einer strengen und disziplinierten Ausgaben- und Aufgabenkritik unterziehen, um Chancen zu erkennen und Potenziale zu nutzen. Das Ziel einer ausgewogenen liberalen Finanzpolitik ist der konsequentere Abbau von Schulden. Zugleich sollten aber auch die Investitionen so getätigt werden, dass keine Substanzverluste entstehen, die dann in folgenden Jahren wieder aufwendig ausgeglichen werden müssen. Eine ausgeglichene Haushaltsführung ohne Verzicht auf notwendige Investitionen sehen wir als Kernaufgabe unserer Finanzpolitik in der kommenden Legislaturperiode an.

Wir werden:

- andere Nutzungsmöglichkeiten für die überzähligen Flüchtlingscontainer (Standorte Alte Landstraße und Kortenkamp) vorschlagen, um die den Gemeindehaushalt enorm belastenden Vorhaltekosten zu verringern (Vorhaltekosten 2018 ca. 156.000 €).
- weiterhin eine Erhöhung der Grundsteuern A und B ablehnen
- weiterhin einer Erhöhung der Gewerbesteuer nicht zustimmen
- Anträge zur Einführung von Straßenausbaubeiträgen ablehnen
- die Nutzung des Waldreitersaals für die Öffentlichkeit gegen Nutzungsgebühr vorantreiben
- an der Absenkung des kommunalen Anteils bei der Kita - Finanzierung arbeiten
- der Unternehmerfreundlichkeit Großhansdorfs neue Impulse geben
- uns dafür einsetzen, dass das neue kommunale Finanzmanagement eingeführt wird
- für das Leistungsprinzip beim kommunalen Finanzausgleich eintreten

Verkehr & Infrastruktur:

Nichtstun ist Machtmissbrauch

Das Vorhalten einer funktionierenden Verkehrsinfrastruktur gehört aus unserer Sicht zu den Kernaufgaben, die bei unseren kommunalen Ausgaben wieder einen entsprechend klaren Schwerpunkt darstellen muss. Hierbei darf der notwendige Umweltschutz nicht vernachlässigt werden. Umweltschutz darf allerdings nicht dazu missbraucht werden, notwendige Infrastrukturmaßnahmen zu verhindern.

Wir werden:

- die Chancen der Digitalisierung nutzen (Wir wollen eine smarte, intelligente, digitale Gemeinde, um das tägliche Leben einfacher zu machen. Dazu gehören Glasfaser bis zu jeder Haustür, kostenloses öffentliches WLAN und Ausbau der Internet-Angebote durch die Verwaltung)
- für bessere Sicherung der Schulwege eintreten (Radwegeausweisung und -sanierung)
- den Bau von Radstellplätzen an unseren drei U-Bahnhöfen und an den Einkaufsbereichen am Ärztehaus (Bike & Ride) unterstützen
- die Schaffung einer Fahrradquerverbindung zwischen den Ortsteilen Kiekut und Schmalenbeck prüfen („Bei den Rauhen Bergen“ zur Fahrradstraße umbauen)
- eine Neuplanung der BAB-Anschlussstelle Ahrensburg über das Verkehrsministerium des Landes initiieren mit dem Ziel, dieses Projekt mittelfristig im Bundesverkehrswegeplan zu verankern
- uns für die Sanierung und den Ausbau des Großhansdorfer Straßennetzes einzusetzen
- uns für eine Wanderwegverbindung zwischen den oberen Teilen der Wirtschaftswege Rümeland und Apelsweg zur Schaffung eines Rundwanderwegs einsetzen
- unserer ehrenamtlichen Feuerwehr weiterhin ein verlässlicher Partner bei notwendigen investiven Maßnahmen sein

Bau & Umwelt

Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen. (Antoine de Saint-Exupéry)

Ziel unserer Umweltpolitik ist eine Abkehr von werbewirksamen Schlagwortprojekten hin zu Projekten, die unter Berücksichtigung des gesamten Lebenszyklus eine Verbesserung der Umweltsituation erreichen. Liberale Umweltpolitik bedeutet zukunftsfähige Technologieoffenheit unter Berücksichtigung der vollständigen Umweltbilanz (Rohstoffe, Herstellung, Lebenszyklus, Entsorgungskosten). Wir wollen die Lebensinteressen der Menschen und den Erhalt der Umwelt harmonisch in Einklang bringen. Wir handeln nach dem Grundsatz des verantwortungsvollen Umgangs mit den natürlichen Ressourcen. Für uns kommt der Land- und Forstwirtschaft in Bezug auf den Erhalt der Kulturlandschaft eine wichtige Rolle zu.

Mehr Aufklärung und Mitgestaltung des Einzelnen, aber auch ein vorbildliches Umweltverhalten der Gemeinde soll bewirken, dass sich der Einzelne stärker als Teil der Natur versteht. Information und Überzeugung im Umweltschutz haben für uns Freidemokraten Vorrang vor Verboten.

Die Herausforderungen des demografischen Wandels, des Klimaschutzes sowie der Integration und Inklusion machen die innovative Wohnungs- und Ortsentwicklungspolitik zur Querschnittsaufgabe, die eine Schlüsselposition für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unserer Gemeinde einnimmt. Die Schaffung von Wohneigentum vor allem als Instrument für die Altersvorsorge bleibt ein vorrangiges Anliegen von uns Freidemokraten.

Kaufen, statt mieten!

Wir werden:

- uns für die Überarbeitung der Baumschutzsatzung einsetzen, um Bevormundung und willkürliche Eingriffe in das Eigentum der Bürgerinnen und Bürger zu beenden

- an der Überplanung des Schmalenbecker Parkplatzes weiterarbeiten (Bau eines Supermarktes mit zwei Parkebenen)
- uns bei der Bebauung des Reha-Geländes für generationsübergreifendes Wohnen einsetzen
- uns für die wirtschaftliche Nutzung der denkmalgeschützten Mehrzweckhalle mit Empore und Bühnenbereich einsetzen (Kulturcafé)
- die Erweiterung Ärztehaus Schmalenbeck auf die ursprünglich geplante Größe unterstützen
- die Bauleitplanung für Restauration und Hotellerie im Park Manhagen mit möglichst weitgehendem Erhalt der historischen Parkanlage auf die politische Agenda setzen
- die Gesamtbilanz von Umweltmaßnahmen sachlich abwägen
- uns für die innerörtliche bauliche Verdichtung in U-Bahn-Nähe (Schmalenbeck und Großhansdorf) einsetzen
- uns für die Ausweisung neuer innerörtlicher Baufelder einsetzen

Bürgernähe und Transparenz:

Digital First. Bedenken Second.

Das Internet führt zu mehr Transparenz, Teilhabe sowie Mitmachen und stärkt damit die aktive Bürgergesellschaft. Blogs, Wikis und Videos verleihen dem Einzelnen ungeahnte Möglichkeiten zum Publizieren, Präsentieren und Kommunizieren auf Feldern, in denen früher staatliche Lizenzen erforderlich waren. Verwaltungshandeln wird in Zukunft sehr viel mit Kooperation zu tun haben. Viele administrative Aufgaben können gemeinsam erledigt werden. Die frei werdenden Mittel könnten wir für Bildung, Kinderbetreuung, Klimaschutz und Haushaltskonsolidierung einsetzen. Die Großhansdorfer Verwaltung ist Dienstleister für jeden einzelnen Bürger. Langwierige Behördengänge müssen der Vergangenheit angehören – die Beantragung eines neuen Personalausweises darf mit den heutigen technischen Möglichkeiten einer kommunalen Verwaltung nicht länger dauern als der tägliche Einkauf beim Bäcker. Wir wollen die Effizienz der Verwaltung durch Konzentration auf die Kernaufgaben stärken.

Wir werden:

- uns für die komplette Nutzung des digitalen Rathauses (Allris) und der Umsetzung des eGovernments einsetzen
- mehr Bürgerbeteiligung in den Fachausschüssen ermöglichen (mehr bürgerliche Mitglieder)
- uns weiterhin für die Konzentration der Verwaltung auf die kommunalen Kernaufgaben stark machen
- an der Umsetzung einer „Internetfiliale Gemeinde“ arbeiten, damit viele Behördengänge über eine attraktive Website erledigt werden können
- uns weiterhin für ein transparentes Berichtswesen der Gemeinde Großhansdorf gegenüber den Bürgern einsetzen

Flucht, Migration, Einwanderung

Wohl kein Thema hat die Emotionen der Menschen in den letzten Jahren derart bewegt wie das Thema Flucht, Asyl und Einwanderung. Hier ist zunächst festzuhalten, dass die grundsätzlichen Weichenstellungen dazu auf Bundesebene erfolgen müssen. Aus unserer Sicht sollten die Themen gewollte Einwanderung auf der einen Seite sowie Flucht oder Asyl auf der anderen Seite deutlicher voneinander getrennt werden. Die gesteuerte und erwünschte Einwanderung ist in einem Einwanderungsgesetz zu regeln. Für die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen und Asylbewerbern gibt es bereits gesetzliche Regelungen. Dieser Bereich hat allerdings nichts mit gesteuerter Einwanderung zu tun, da Kriegsflüchtlinge nach Wegfall des Fluchtgrundes in der Regel in ihr Heimatland zurückkehren.

Dies voraus geschickt ist es Aufgabe der Gemeinde Großhansdorf, jedem hilfebedürftigen Menschen, der sich in Großhansdorf aus welchem Grund auch immer aufhält, eine menschenwürdige Behandlung und Unterbringung zukommen zu lassen. Dabei spielt die Herkunft ebenso wenig eine Rolle wie Geschlecht, Glaube, Alter oder irgendeine andere menschliche Eigenschaft.

Von diesem Grundsatz, der ein Hauptelement der liberalen Idee darstellt, haben und werden wir uns leiten lassen.

Die Großhansdorfer Freidemokraten haben sich dafür eingesetzt, dass obdachlose Flüchtlinge dezentral in kleinen überschaubaren Einheiten untergebracht werden. Sicher ist es auch dieser Vorgehensweise zu verdanken, dass es die andernorts feststellbaren Probleme im Zusammenhang mit Flüchtlingen in Großhansdorf nicht gibt. Die Hauptursache liegt allerdings in dem immer noch ungebrochenen ehrenamtlichen Engagement vieler Großhansdorfer Bürgerinnen und Bürger.

Dafür an dieser Stelle ein großes Dankeschön!

Wir Freien Demokraten wollen in der kommenden Legislaturperiode mit einer starken und qualifizierten Fraktion dafür Sorge tragen, dass unsere Gemeinde nicht unter Wert regiert wird.

Chancenverwertung, Effizienz und Nachhaltigkeit resultieren aus der liberalen Bürgergesellschaft, die vom Engagement und der politischen Teilhabe der Menschen lebt.

Denn durch sie wird Politik gestaltet.

Sie schöpft ihre Kraft aus der Eigeninitiative und Kreativität ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Unterstützen Sie uns auf diesem Weg und stimmen Sie am 6. Mai mit beiden Stimmen für uns, für die Freien Demokraten.

Klarer Kurs für Großhansdorf !